

Marginalien ; Rezensionen

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **25 (2005)**

Heft 48

PDF erstellt am: **11.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Frieder Otto Wolf

Europa neu denken?

Zu Ulrich Becks / Edgar Grandes „Das kosmopolitische Europa“

Die Politik in Europa wirft gegenwärtig wichtige Fragen auf – für die Träger des bisherigen technokratischen Projekts der europäischen Integration, dessen ‘Erschöpfung’ immer lauter beklagt wird, aber auch für die Völker und BürgerInnen Europas.¹ Die seit den 1980er Jahren die europäische Politik prägende Verknüpfung des technokratischen Europaprojekts der EG² mit der neoliberalen Politik der Freisetzung von Marktdynamiken, welche der europäischen Integration von oben ein zweites Leben eingehaucht hatte, hat sich mit der ‘Binnenmarktvollendung’ und der Euro-Einführung praktisch erledigt. Alle daran anschließenden Versuche, an diese Erfolge anzuknüpfen, insbesondere die Lissabon-Strategie und die große Erweiterung vom Mai 2004, sind über den Status von bisher uneinlösbaren Wechseln auf die Zukunft nicht hinausgekommen. Das paradoxe Unternehmen, diese blockierte Situation in einem Verfassungsvertrag festzuschreiben, ist vorläufig gescheitert. Auch wenn es noch gelingen sollte, bleibt offen, was die damit intendierte Selbstfestlegung der EU auf eine Fortsetzung dieser Politik angesichts kommender Krisenherausforderungen ausrichten wird.³

In dieser Situation legt Ulrich Beck in Zusammenarbeit mit Edgar Grande (als letzten Band einer ehrgeizigen Ortsbestimmung der Gegenwart in einer „Trilogie über den ‘kosmopolitischen Realismus’“ (Beck 2002 u. Beck 2004)) eine 400-seitige Abhandlung über „das kosmopolitische Europa“⁴ vor, die den Anspruch erhebt, sowohl die europä-

politische Debatte als auch die Europaforschung auf neue Grundlagen zu stellen.⁵

Politische Strategien der Herrschaftsreproduktion und politische Strategien der Emanzipation sind sicherlich alles andere als symmetrisch. Aber für beide Seiten gilt auch, dass die nötigen Debatten und Untersuchungen noch keine angemessene Herangehensweise gefunden haben. Dazu gehört, was Beck/Grande feststellen: „Das Modell Europa muss neu gedacht werden.“ (7)

Becks und Grandes zentrale These ist es, „dass sich die politischen Energiereserven einer nationalstaatlichen Semantik und Vision Europas erschöpft haben“ (13), und dass das „Grundproblem“ in einem „nationalen Selbstmissverständnis“ liege, „das seinen geschichtlichen Aufbruch und Auftrag verkennt und politische Blockaden verursacht“ (ebd.). Die „sozialwissenschaftliche Europaforschung“ – für Beck und Grande meint das offenbar nur einen bestimmten Ausschnitt von Soziologie und Politikwissenschaft – bleibt in der Tat weitgehend, ebenso wie der *mainstream* der Europapolitik, „in falschen Alternativen gefangen, beobachtete ihren Untersuchungsgegenstand *entweder* aus einem nationalen *oder* aus einem internationalen Blick“ (33f.). Ihre Debatten beschränken sich also entweder auf nationalstaatlich verfasste gesellschaftlichen Räume oder sie verlieren sich in Illusionen über eine ‘Weltinnenpolitik’.

Beck und Grande können demgegenüber vier zentrale „Lebenslügen“ der europapolitischen Debatte aufspießen

– die nationale, die neoliberale, die technokratische und die „eurozentrierte“. Was diese Kritik für die globale Politik impliziert, wird in ihrer Skizze einer neuen globalen Rolle Europas in der Zielformulierung einer „Synthese von zivilgesellschaftlichen Bewegungen und europäischen Empire des Konsenses“ (337) zur Einlösung der „Chancen der Weltrisikogesellschaft“ (ebd.) allenfalls vage fassbar.

Die kosmopolitische Europastrategie

Beck und Grande geht es „um viel mehr“ als um „institutionelle Reformen, wie der Kreation einer europäischen Verfassung“ (13) – „nämlich darum: *Europa neu zu denken*.“ (ebd.) Das sollen drei Momente ihrer „Idee des *kosmopolitischen Europa*“ (14) leisten: „erstens ein Narrativ, das es erlaubt, die widersprüchlichen Realitäten der Europäisierung als Momente eines gemeinsamen Unternehmens der Europäer zu verorten und zu verstehen, zweitens eine neue politische Vision und drittens ein neues politisches Integrationskonzept, wobei beides im Narrativ der Europäisierung begründet liegen sollte.“ (13f.) Dieser ‘großen Erzählung’ – wie wir diese bewusst anti-postmoderne Positionsbestimmung übersetzen können – liegt ihrerseits ein Bruch „mit dem nationalen Blick und dem methodologischen Nationalismus (vgl. Beck 2002: Kapitel I, 2004: Kapitel I)“ zugrunde: Die Autoren konstituieren den Begriff des „Kosmopolitismus“ (dessen „normativen Kern“ – „Toleranz, demokratische Legitimität und Effektivität“ – Daniele Archibugi (11) zusammengefasst habe) als „sozialwissenschaftlichen Begriff ... für einen ganz bestimmten gesellschaftlichen Sachverhalt“ (25), „für eine besondere Form des gesellschaftlichen Umgangs mit kultureller Andersartigkeit“ (ebd.).

Sein „Prinzip des Sowohl-als-Auch“, d.h. der Inklusion, soll an die Stelle eines „Prinzips des Entweder-Oder“, der Exklusion“ (27f., vgl. 14) treten bzw. eine „Logik der Mehrdeutigkeit“ an die Stelle einer „Logik der Eindeutigkeit“. Dadurch, „dass hier im Denken, Zusammenleben und Handeln die Anerkennung der von Andersheit zur Maxime wird“ (27), ohne sie zu verabsolutieren, vielmehr mit dem Ziel, „sie universell verträglich zu machen“, gestützt auf „ein Gerüst von verbindenden und für alle verbindlichen Normen“ (28f.), soll sich die historische Wirklichkeit der Gesellschaften grundlegend verändern. Vor diesem Hintergrund gelingt es den Autoren, in Anknüpfung an die politische Rechtspraxis des EuGH, Europa als ein „offenes politisches Projekt ... und nicht als eine wie auch immer vorgegebene Größe“ (17) bzw. die „europäische Integration“ als einen „dynamischen, ergebnisoffenen Prozess“ (22) zu beschreiben.

Dabei verstehen sie das „kosmopolitische als ein selbstkritisches Europa“ (21), das sich bis zu den Nürnberger Prozessen und der Aufarbeitung der „historischen Monstrosität des Judenmordes“ (21) zurückverfolgen lasse (vgl. 203ff.).⁶ Völlig einleuchtend betonen sie die Bedeutung der äußeren Faktoren für die Entwicklung Europas – von der Rolle der USA als Taufpate der westeuropäischen Integration bis hin zur Bedeutung von Irak-Krieg und Türkei-Beitritt (21f.) – und lenken den Blick auf die langjährige Entwicklung der „höchst variablen“ und „höchst komplexen Architektur“ (23), aufgrund derer heute schon ‚Europa‘ im Westen bis nach Los Angeles und Vancouver reicht und im Osten bis nach Wladiwostok“ (ebd.).

Ihre Interpretation dieses „Sowohl-als-Auch-Europa“ als ein „Empire“ (57ff., 86ff.) – in Anknüpfung an Hardt und Negri – begreift Europäisierung als einen Prozess, der auf nicht-intentiona-

len Strategien und Meta-Machtspielen beruht (75ff.), die sich zu einem Positivsummen-Spiel der „europäischen Souveränität“ (122ff.) verdichten, so dass die „kosmopolitische Organisation der Diversität“ von ihren eigenen „Widersprüchen“ vorangetrieben wird (136ff.). Damit soll „Europäisierung“ sowohl „vertikal“ („zwischen nationalen Gesellschaften und europäischen Institutionen“, 151) als auch „horizontal“ („Vernetzung und Vermischung nationaler Gesellschaften“, ebd.) begriffen werden.

Die kritischen Pointen dieser Interpretation finden sich dann in den Thesen der Autoren über die gegenwärtig herrschenden „Deformationen des kosmopolitischen Europas“ (228-234), wie sie sich aufgrund „der Schwäche der europäischen Zivilgesellschaft und der Dominanz von Staats-, Kapital- und technokratischen Strategien“ (228) herausgebildet hätten: die „institutionell geronnene Paradoxie“, dass unter der Flagge der ‘Integration’ ... ein Prozeß der grenzen- und grundlagenaufhebenden Modernisierung entfesselt wurde“ (229), wodurch die „Neoliberalisierung Europas ... genau jene historischen sozialen und politischen Grundlagen aufhebt, auf denen das europäische Projekt geschaffen werden sollte“, und Europa „der Kapitalverwertung – und nicht zuletzt: dem Rechtspopulismus – preisgegeben“ werde; also die „nationalistische Deformation“ (230ff.) aufgrund derer die Mitgliedstaaten die EU-Institutionen zugleich fesseln und für ihre Handlungsschwäche kritisieren (232f.); wie auch die Deformation durch eine „transnationale Kooperationsbürokratie“ (233), welche Europa sowohl ein Beteiligungs- als auch ein Leistungsdefizit beschert (234).

Dagegen setzen Beck und Grande reflexiv-modern auf eine „Perzeptionswende vom nationalen Realismus

zum kosmopolitischen Realismus“ (246): In den Dimensionen des Umgangs mit der „Nebenfolgen-Macht der Weltwirtschaft“ (235), der Aktivierung zivilgesellschaftlicher Bewegungen als einer Kraft der Kosmopolitisierung von unten (238ff.) und des strategischen Eingehens auf äußere Bedingungen und Herausforderungen (240ff.) sollen „Schockerfahrungen“ (249) strategisch genutzt werden (247ff.), gestützt auf „Pionierkoalitionen“ (249-252) und gemeinsame Werte als „Macht kollektiver Ideen“ (252ff.).

Blinde Flecken, offene Fragen

Offensichtlich teilt die theoretische Fassung der Probleme der Europapolitik, wie sie Beck und Grande hier „in Anwendung [der Theorie reflexiver Modernisierung] auf die Europagesellschaft, Europapolitik, Europaforschung“ (50) vorlegen, die allgemeineren Verdienste und Schwächen von Becks historischer Gesellschaftstheorie der ‘zweiten Moderne’: Einer triftigen Kritik der älteren Soziologie als Modernisierungstheorie und einer verdienstvollen Akzentuierung der politischen Gestaltungsmöglichkeiten gegen einen systemtheoretisch argumentierenden Fatalismus stehen gravierende ‘blinde Flecken’ gegenüber: Für die Durchsetzungsformen der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise, die Herrschaftsförderung von Geschlechter- und Generationenverhältnissen, den strukturellen Raubbau in den gesellschaftlichen Naturverhältnissen oder die herrschaftlichen Deformationen demokratischer Politik fehlen den Autoren die Begriffe und Untersuchungsinstrumente. Diese realen Effekte gehen aber nicht in den Wahrnehmungs- und Konstruktionsmustern auf, mit denen die politischen Öffentlichkeiten sie diskursiv und medial verarbeiten.

Auch die von Beck und Grande vorgeschlagene theoretische Entwicklung der „Widersprüchlichkeit des europäischen Projekts sowohl im Innern wie nach außen“ (257), die sie vor allem an der „Ungleichheitsdynamik“ (258ff.) und an den Perspektiven des Verhältnisses zu den USA (289ff.) festmachen, fängt diese realen Probleme nicht ein. Die längerfristigen Auswirkungen der realen Probleme von Überakkumulation und Verelendung, von Klimaveränderung, Boden-, Wasser- oder Ressourcenverknappung und Artensterben, von Bevölkerungsdruck und demographischen Problemen, von psychosexuellem Konformitätsdruck und Pluralismus – aber auch von wieder bis in die Semiperipherien des bestehenden Weltsystems hinein führbar gewordenen⁷ Kriegen – erschließen sich erst in theoretischen Analysen ihrer eigenen Wirkungsgrundlagen.

Die Realitätstüchtigkeit des Konzeptes eines Übergangs von einem „deformierten“ (37ff.) zu einem „reflexiven Kosmopolitismus“ (32) in Europa hängt davon ab, dass sich diese realen Probleme nicht zur Geltung bringen und weit radikalere Lösungen erzwingen. Der von Beck und Grande postulierte „kosmopolitische Realismus“ (38f.) beruht auf der vereinfachenden Annahme, dass die Mitgliedstaaten „aufgrund ihres nationalen Eigeninteresses“ handeln, diese aber „nur (noch) auf eine ganz bestimmte Weise verwirklichen können, nämlich durch die Anerkennung der legitimen Interessen Anderer und ihrer Einbeziehung in das eigene Interessenskalkül“ (38). Dabei wird schlicht verdrängt, dass bereits das derart in Anspruch genommene „nationale Eigeninteresse“ immer nur als Resultat von Kämpfen definiert ist, die in der institutionalisierten Politik niemals vollständig aufgehen kann und deren Dynamik zu unvorhergesehenen Wendungen führen muss.

Statt Visionen alternative Zukunftsperspektiven

Beck und Grandes abschließende „kosmopolitischen Visionen für Europa“ fassen zwar auch die Optionen von Zerfall und Stagnation ins Auge, lösen aber keineswegs die Ambivalenz des von ihnen vertretenen Konzepts eines kosmopolitischen „Empires Europa“ (344) auf – das sowohl als eine ‘intelligente’ Verlängerung des Projekts von Herrschaft, Ausbeutung, Raubbau und Unterdrückung fungieren kann, mit dem die europäische Linie der Entwicklung der Produktionsweisen zur Geschichte der Menschheit beigetragen hat, als auch als ein möglicher Schritt in die Richtung einer Überwindung eben dieser Linie. Die von Beck und Grande postulierte „Kultur der geteilten Ambivalenz“ (392ff.) bleibt daher selbst ambivalent.

Dass für Beck und Grande das existierende Europa als solches bereits ein „Transformationsregime“ ist (67ff.), verdeckt die tieferen Transformationsherausforderungen, vor denen ein Europa steht, das von seiner gegenwärtigen, in der Nicht-Nachhaltigkeit blockierten Struktur, zu einer ökonomisch, ökologisch, sozial und demokratisch zukunftsfähigen und damit zu einer dauerhaft friedensfähigen ‘Entwicklung’ übergehen wollte.

Tragweite und Schranken ihres Ansatzes werden gleichsam *in nuce* an ihrer Haltung zum Verfassungsprozess der EU deutlich: Sie begründen die Notwendigkeit einer europäischen Verfassung – neben der „Institutionalisierung des kosmopolitischen Regimes“ (342) – aus dem Erfordernis eines „normativen Fundaments für die *Konstituierung einer europäischen Zivilgesellschaft*“ (ebd.) und konstatieren emphatisch: „Europa hat die Chance, die Erarbeitung einer Verfassung mit der Aktivierung

und Mobilisierung einer europäischen Zivilgesellschaft zu verbinden, bislang auf kläglichste Weise verspielt“ (343f.). Dann werden sie aber ziemlich bescheiden: „Dieser ‘Geburtsfehler’ einer europäischen Verfassung ließe sich zumindest teilweise noch durch ein *europaweites* Referendum korrigieren, in dem die Bürger Europas ihrer Verfassung ausdrücklich *ihre* Zustimmung geben müssen.“ (344) Die Aufgaben der Verknüpfung von nationaler und europäischer Öffentlichkeit und Politik, durch die allein – wie es der europäisierte Kampf um das französische Verfassungsreferendum gezeigt hat – die Stärkung von kritischer Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft (vgl. ebd.) gelingen kann, wird damit nicht als solche ins Auge gefasst.

In einer Weltlage in der aber noch keineswegs klar ist, wie die anhaltenden Strukturkrisen gelöst werden können, wird in der Tat die Frage wichtiger, ob die EU und das von ihr bestimmte Europa weiterhin als Verstärker bzw. Komplize der globalen Hegemonialmacht USA und der von ihr bestimmten Strategien der kapitalistischen ‘Globalisierung’ auftreten wird – oder ob die Politik in Europa tatsächlich alternative Zukunftsperspektiven für Welt und ‘Makroregion’ öffnen hilft. Im Kontext dieser Debatte kann der Beitrag von Beck und Grande aufgegriffen, übersetzt und produktiv gewendet werden. Als solcher wird er aber nur dazu beitragen, einem bereits erschöpften europäischen ‘Weiter so!’ die abgelaufene Frist zu verlängern.

Anmerkungen

- 1 Die von den Gründervätern von EGKS und EWG verfolgte ‘Monnet-Methode’ sollte auf dem Umweg über technische, insbesondere ökonomische Sachzwänge indirekt zur Gründung der ‘Vereinigten Staaten’ von Europa als einem neuen Nationalstaat mit Berufung zur Weltmacht führen, was – zum Glück – historisch unmöglich war.
- 2 Zu der EWG, EGKS und Euratom in der Vorbereitung zur komplexeren Struktur der EU zusammengefasst worden waren.
- 3 Das Schicksal des Stabilitäts- und Wachstumspakts zeigt immerhin, dass einmal festgeschriebene Normen dann auf dem Wege ihrer ‘Interpretation’ unterlaufen werden können.
- 4 Diese Abhandlung selbst ist keineswegs kosmopolitisch angelegt, sondern ‘solide westdeutsch’, einschließlich der dabei üblichen Bezüge auf die US-amerikanische Debatte. Außerdem teilt sie offenbar die im sozialwissenschaftlichen *mainstream* verbreitete Nichtbeachtung aller historisch-materialistischen Ansätze, nicht nur aus marxistischen Traditionslinien (so u.a. auch die Beiträge von Etienne Balibar).
- 5 Der schematische Charakter der gesamten Darstellung wird insbesondere an einer Fehlleistung auf S. 223 deutlich: Unter der Überschrift ‘Nationaler Protektionismus’ wird auch der ‘nationale Protektionismus’ behandelt, im Text ist aber vom ‘nationalen Neoliberalismus’ die Rede, dessen wirkliche Behandlung dann vergessen wurde.
- 6 Über Hannah Arendt hinaus, auf die sich Beck und Grande beziehen (203f.), ist hier auf die radikale Untersuchung Jean-Claude Milners (2003) zu verweisen, die es verbietet, die ‘kriminellen Neigungen’ Europas einfach nur auf die als überwunden unterstellte vor-demokratische Vergangenheit zu beziehen.
- 7 Es sollte nicht vergessen werden, dass der Pazifizierungseffekt des Kalten-Kriegs-Systems, der nicht der europäischen Integration als solcher zuzurechnen ist, sich darauf konzentriert hat, einen Atomkrieg der Supermächte zu

vermeiden, 'heiße' Kriege der europäischen Mächte zu unterbinden und die Kriegführung in den Einflussphären der westlichen Großmächte auf Bürgerkriege mit externer militärischer Beteiligung zu beschränken.

Literatur

- Arrighi, Giovanni, 2005: Hegemony Unravelling. *New Left Review*, II, No. 32
- Balibar, Etienne, 2005: Europe – Constitution-Frontière. Bègles
- Balibar, Etienne, 2003: Sind wir Bürger Europas? Hamburg
- Balibar, Etienne, 2003: L'Europe, L'Amérique, La Guerre. Paris

- Beck, Ulrich, 2002: Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter. Frankfurt/M.
- Beck, Ulrich, 2004: Der kosmopolitische Blick oder: Krieg ist Frieden. Frankfurt/M.
- Beck, Ulrich / Grande, Edgar, 2004: Das kosmopolitische Europa. Gesellschaft und Politik in der Zweiten Moderne. Frankfurt/M.
- Blackburn, Robin u.a., 2004: The Social Europe We Need. Nottingham
- Milner, J.-C., 2003: Les penchants criminels de l'Europe démocratique. Paris
- Wehr, Andreas, 2004: Europa ohne Demokratie? Köln
- Zizek, Slavoj, 2005: Que veut l'Europe? Paris



Limmat Verlag 1975 – 2005

«Der Verlag macht seit vielen Jahren schöne Bücher, ein herausragend intelligentes Programm, wir haben schon des Öfteren sein Lob gefiedelt.» Die Zeit

Zu den erfolgreichsten Titeln des Limmat Verlags haben von Anfang an Bücher mit Lebensgeschichten gehört, Kindheitserinnerungen, Selberlebensbeschreibungen ... Die vorliegende Anthologie enthält erzählerische Schmuckstücke aus der 30-jährigen Verlagsgeschichte. Ein lebensweltliches Panoptikum der letzten 200 Jahre, chronologisch entfaltet!

Mein Leben und ich. Schweizer Lebensgeschichten seit 1800. Ausgewählt aus Limmat-Verlag-Büchern von Corina Lanfranchi zum 30-jährigen Verlagsjubiläum, ergänzt mit einer Verlagsbibliografie 1975–2005. Ca. 240 Seiten, etwa 30 Fotos, Pappband, ca. sFr. 30.–

Gewerkschaftliche Lohnpolitik in Europa

Ein Literaturbericht

Angesichts der laufenden Demontage der europäischen Sozialstaaten und der verschärften antigewerkschaftlichen Frontstellungen in Wirtschaft, Politik und Medien werden demokratische Widerstandsformen und soziale Alternativen zum Gebot der Stunde. Sie dürfen nicht auf die historischen Erfahrungen und Konzepte einer gesellschaftlichen Zivilisierung des Kapitalismus verzichten. Solch eine reflektierte Perspektive eröffnen die zahlreichen Bücher des VSA-Verlages zur europäischen Entwicklung. Die hier ausgewählten Veröffentlichungen zur gewerkschaftlichen Lohnpolitik in Europa versammeln Autoren aus den Gewerkschaften und ihnen nahestehenden wissenschaftlichen Instituten, die den intellektuellen Kraftstoff für gewerkschaftliche Positionsbestimmungen und Handlungsalternativen liefern.

Die zahlreichen, in drei Bänden versammelten Beiträge zu von WSI, IG Metall und VER.DI organisierten Workshops, Foren und Tagungen können in dieser Sammelbesprechung nur cursorisch gewürdigt werden. Sie befasst sich jedoch etwas ausführlicher mit der Dissertation von Thorsten Schulten, Referatsleiter für Arbeits- und Tarifpolitik am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut in der Hans-Böckler-Stiftung. Er arbeitet zunächst die zentralen Positionen zur politischen Ökonomie gewerkschaftlicher Lohnpolitik heraus, der dann eine thematisch differenzierte Analyse ihrer Entwicklung in europäischer Perspektive folgt. Beide Teile geben für die Beiträge in den anderen Büchern einen systematischen Diskussionsrahmen ab, den er hier auch in einzelnen Aufsätzen einbringt.

Thorsten Schulten: Solidarische Lohnpolitik in Europa. Zur Politischen Ökonomie der Gewerkschaften. VSA-Verlag, Hamburg 2004 (364 S., 19.80 €)

Schulten stellt seine Darstellung der gewerkschaftlichen Lohnpolitik in Europa in den theoretischen Kontext einer allgemeinen Funktionsbestimmung *der politischen Ökonomie des Lohnes und der Gewerkschaften*. Es handelt sich in den vier Kapiteln des ersten Teils um die Erinnerung und Wiederaneignung in der Öffentlichkeit weitgehend verdrängter oder längst vergessener Inhalte von der *Existenzlohn- und Lohnfondstheorie in der Klassik* (Kap. 1) über den Lohn als Preis der Ware Arbeitskraft im *Marxismus* (Kap. 2) bis zu den Lohn- und Verteilungstheorien in *Neoklassik* (Kap. 3) und *Keynesianismus* (Kap. 4).

Von grundlegender Bedeutung bleibt, dass in die klassische Wertbestimmung des Lohnes ein historisches und moralisches Element der gesellschaftlichen Entwicklung wie des Kräfteverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital eingeht. Indem die Arbeiter ihre Konkurrenz untereinander in gewerkschaftlichen Organisationsformen aufheben, gelingt es ihnen erst, über das bloße physische Existenzminimum hinaus soziale Mindestbedingungen als ein zugleich allgemeines Reproduktionserfordernis ihrer Klasse wie des sich entwickelnden kapitalistischen Systems überhaupt durchzusetzen. Diese *politische Ökonomie der Arbeiterklasse*, wie Marx die Beschränkung der Arbeitszeit auf zehn Stunden gefeiert hatte, kann heute auch als ein sozialer Akt einer Ökonomie der Nachhaltigkeit verstanden werden, auch wenn diese das Lohnsystem selbst nicht in Frage stellt.

Eine Stärke des theoretisch orientierten ersten Teils liegt in der differenzierten Analyse unterschiedlicher Strömungen, Entwicklungsformen und theoretischer Ausprägungen in der Neoklassik und im Keynesianismus. Sie werden angesichts ihrer aktuellen Bedeutung in der gegenwärtigen Diskussion zu eingehender Lektüre empfohlen. Während im Gefolge von Keynes der gewerkschaftlichen Tarifautonomie und den Gewerkschaften wie der staatlichen Geld- und Finanzpolitik eine makroökonomische Regulationsrolle in der sozialen Durchdringung und Einbettung eines zu Unterbeschäftigung neigenden Kapitalismus zukommen, werden in der neoklassischen Optimierungsfunktion freier Märkte staatliche und gewerkschaftliche Aktivitäten als Störfaktoren bei der Herausbildung eines wirtschaftlichen Gleichgewichts diskreditiert.

Dagegen hatte bereits Keynes, wie Schulten hervorhebt, die sozialen Wirkungen einer restriktiven Geld- und deflationären Hochzinspolitik, ihre klassenpolitischen Implikationen zugunsten von Geldvermögen und Finanzkapital dargelegt. Das Plädoyer von Keynes für eine sozial umverteilende Steuerpolitik und eine nachfragewirksame Lohnpolitik mit ihren Wachstums- und Beschäftigungseffekten verfällt angesichts der aktuell ungebrochenen Liberalisierungsbestrebungen für Kapital- und Finanzmärkte vor allem in der Bundesrepublik einer medialen Zensur und institutionellen Marginalisierung. Insofern steht im gegenwärtigen neoliberalen Mainstream ökonomischen Denkens der demokratische Sozialstaat als institutionalisierter Klassenkompromiss nach der Niederlage des Faschismus im Zweiten Weltkrieg wieder zur Disposition.

Die systematische Darstellung *der Entwicklungsformen gewerkschaftlicher Lohnpolitik* im zweiten Teil beginnt

mit *gewerkschaftlichen Konzeptionen einer solidarischen Lohnpolitik* (Kap. 5) und ihren *politisch-institutionellen Voraussetzungen* (Kap. 6). Diese unterliegen gewissermaßen einer historisch orientierten Evaluation durch eine Fülle empirischer Daten zur *Lohnentwicklung und Einkommensverteilung zwischen Kapital und Arbeit* (Kap. 7) sowie zur *Lohnstruktur und Einkommensverteilung in der Klasse* (Kap. 8). In den wachsenden Ungleichheiten kommt eine *Krise gewerkschaftlicher Lohnpolitik* zum Ausdruck (Kap. 9), der nach Schulten eine wettbewerbskorporatistische *Reorganisation der Arbeitsbeziehungen im europäischen Mehrebenensystem* (Kap. 10) zugrunde liegt. Aus dieser gewerkschaftlichen Talsohle entwickeln sich jedoch *Ansätze einer lohn- und tarifpolitischen Koordinierung* (Kap. 11), deren Chancen für eine *Rekonstruktion solidarischer Lohnpolitik in Europa* (Kap. 12) abschließend diskutiert werden. Aus der Fülle der ausgebreiteten Grundzüge gewerkschaftlicher Politik in Europa sollen einige herausragende Aspekte beleuchtet werden.

Die Strategie einer solidarischen Lohnpolitik führt der Autor auf die frühen, vom englischen Sozialhistoriker Edward P. Thompson herausgearbeiteten Vorstellungen einer *moralischen Ökonomie der Armen* zurück. Sie werden als eine hegemoniale Triebkraft gewerkschaftlichen Handelns bis in die unmittelbare Gegenwart erkannt. So hinterfragt die Vorstellung eines gerechten Lohnes die gesellschaftlichen Verteilungsverhältnisse ebenso wie die gewerkschaftliche Kernforderung nach einem gleichen Lohn für gleiche Arbeit. In diesem doppelten Sinn hat das Konzept einer solidarischen Lohnpolitik eine zentrale Funktion für eine autonome gewerkschaftliche Lohnpolitik gewonnen, die zugleich auf den *politisch-institutionellen Voraussetzungen*

eines entwickelten Systems industrieller Beziehungen mit einem hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad und hoher Mobilisierungsfähigkeit beruht.

Für die gewerkschaftlichen Stärke- und Schwächeperioden stehen als entscheidende empirische Indikatoren die Lohnquote und die Lohndifferenzierung. Mit Hilfe eines Analyserasters aus den Elementen allgemeiner Inflationsausgleich, gesamtwirtschaftlicher Produktivitätsfortschritt und Umverteilungskomponente zeigt Schulden seit Mitte der 1970er Jahre durchschnittliche Reallohnsteigerungen unterhalb des Produktivitätszuwachses mit einer negativen Verteilungsbilanz auf. Parallel zum kontinuierlichen Rückgang der bereinigten Lohnquote verstärkt sich die Lohnungleichheit insbesondere seit den 1980er Jahren in Großbritannien und seit den 1990er Jahren in Deutschland. Beide Länder verfügen über einen überdurchschnittlichen Niedriglohnsektor in der EU, in dem geschlechtsspezifische Lohndiskriminierungen eine zentrale Rolle spielen.

Der lohn- und verteilungspolitischen Trendwende liegt vor dem Hintergrund einer ansteigenden Massenarbeitslosigkeit und entsprechend geschwächter gewerkschaftlicher Interessenvertretungen nach Schulden ein Strategiewechsel von der produktivitäts- zur wettbewerbsorientierten Lohnpolitik zugrunde. Sie läuft auf eine permanente Senkung der Lohnkosten hinaus. Dieser Siegeszug des europäischen Neoliberalismus mündet in angebotsorientierte Wettbewerbskorporatismen, die im europäischen Mehrebenensystem sozialer Konzertierung nach Schulden auf drei Eckpfeilern beruhen: nationalen Wettbewerbskorporatismen und betrieblichen Wettbewerbsbündnissen sowie symbolischen Dialog- und Aktionsformen von der *Europäischen Sozialcharta* und *Sozialpolitischen Aktionsprogrammen* bis zum

sozialen Dialog zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften sowie seit 1999 dem *Makroökonomischen Dialog* zwischen den Sozialpartnern, der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und den nationalen Regierungen.

Die Gewerkschaften stehen angesichts der Versuche ihrer institutionellen Einbindung vor der Aufgabe einer erneuerten strategischen Positionierung, die hinter dem ideologischen Nebel nationaler Wettbewerbspartnerschaften wie Bündnisse für Arbeit, Beschäftigungspakte und Lohnleitlinien den verteilungspolitischen Pferdefuß erkennt – eine schrittweise Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen zugunsten verbesserter Akkumulationsbedingungen global marodierender Industrie- und Finanzkapitale. Dies macht grenzüberschreitende tarifpolitische Koordinierungsformen für eine solidarische Lohnpolitik in der Perspektive eines europäischen Sozialmodells mit ökonomischer Interventions- und Gestaltungsfähigkeit erforderlich. Hierzu erfolgen illustrative Erläuterungen in den drei skizzierten Sammelbänden.

Gabriele Sterkel/Thorsten Schulden/ Jörg Wiedemuth (Hrsg.): Autonomie im Laufstall? Gewerkschaftliche Lohnpolitik in Euroland. VSA-Verlag, Hamburg 2004 (248 S., 16.80 €)

Zu den konkreten Fragestellungen tarifpolitischer Koordinierung liefern die einzelnen Beiträge vertiefende Informationen. Sie beruhen hauptsächlich auf Praxisberichten von Vorstandssekretären aus VER.DI auf dem Workshop ihrer Tarifpolitischen Abteilung und des WSI im Mai 2004. Den gegenwärtigen Stand der europäischen Zusammenschlüsse der privaten und öffentlichen Dienstleistungen skizzieren die Regionalsekretärin Bernadette Ségol von der

Uni-Europa in Brüssel sowie der stellvertretende Generalsekretär Jan Willem Goudriaan und der Gewerkschaftssekretär Richard Pond von der European Public Service Union.

In diesem Zusammenhang hat die Politologin Manuela Wischmann einen detaillierten Bericht über die europäische tarifpolitische Koordinierung in verschiedenen VER.DI-Branchen vorgelegt. Diese Aktivitäten werden von der stellvertretenden Vorsitzenden Margret Mönig-Raane vor dem Hintergrund tarifpolitischer Krisen, vom Vorstandssekretär Ralf Krämer in Richtung nachfrage- und finanzpolitischer Alternativen und von der Vorstandssekretärin Ortrun Gauper in einer an Verteilungsgerechtigkeit orientierten Perspektive begründet.

Angesichts der Auseinandersetzungen um das Herkunftslandprinzip der Dienstleistungsrichtlinie der EU haben gemeinsame europäische Aktivitäten zur Abwehr eines konzertierten Lohn-, Arbeits- und Sozialdumpings eine zentrale Bedeutung gewonnen. Dies gilt auch für die Wettbewerbsverschärfung durch die Osterweiterung, die Mindestlöhne in vielen Branchen nach dem Vorbild der Bauwirtschaft unverzichtbar macht. So können nach Rudolf Welzmüller vom Vorstand der IG Metall die von den Arbeitgebern immer wieder aufgebauten Drohkulissen für Lohnzugeständnisse und Arbeitszeitverlängerungen entschärft werden.

In diesem Zusammenhang fordert der Fachberater Heribert Kohl erweiterte Kooperationsformen mit den mitteleuropäischen Gewerkschaften und Hilfestellungen bei dem Aufbau von neuen Strukturen der Interessenvertretung, um Verhandlungs- und Regulierungsdefizite auf der sektoralen, organisations- und lohnpolitischen Ebene zu überwinden. Hierzu liefert der Tarifsekretär Karl-Heinz Biesold von VER.DI Sachsen

einen illustrativen Praxisbericht über die gewerkschaftliche Zusammenarbeit im Verkehrsbereich der Regierungsbezirke Dresden und Chemnitz mit den Regionen Niederösterreich, Niederschlesien, Nordböhmen und Mähren.

Joachim Beerhorst/Hans-Jürgen Urban (Hrsg.): Handlungsfeld europäische Integration. Gewerkschaftspolitik in und für Europa. VSA-Verlag, Hamburg 2005 (118 S., 8.90 €)

Der Tagungsband zum Forum der IG Metall 2004 befasst sich mit dem gewerkschaftspolitischen *Handlungsfeld der europäischen Integration*. Weitgehend besteht darüber Einvernehmen, dass der liberalisierte Binnenmarkt mit deregulierten und flexibilisierten Arbeitsbeziehungen sowie mit privatisierten öffentlichen Gütern und Leistungen zugleich arbeits-, sozial- und steuerpolitische Dumpingwettläufe und wachsende Einkommensungleichheit bis hin zu sozialen Ausgrenzungen zur Folge hat. Dabei stehen z.B. in Deutschland tragende Säulen des demokratischen Sozialstaats wie das arbeitsrechtliche Regelwerk und die Tarifautonomie, die unternehmenspolitische Mitbestimmung und die paritätisch finanzierten Sozialversicherungen unter einem verschärften Anpassungsdruck.

Aus Sicht von Reinhard Kuhlmann, Generalsekretär des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes, kommt es daher darauf an, die tarifvertragliche Gestaltung der Arbeitsbedingungen, das verbriefte Streikrecht der Gewerkschaften, den sozialen Schutz durch gesellschaftliche und staatliche Organisationen, die öffentlichen Dienste und institutionalisierten Beteiligungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer an wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen zu gewährleisten. Es handelt

sich hierbei nach ihm um *Kernelemente eines europäischen Sozialmodells*, die von den Gewerkschaften in grenzüberschreitendem Handeln ausgebaut werden müssen.

An die wachsenden Erfordernisse der Internationalisierung knüpft der Erste Vorsitzende der IG Metall, Jürgen Peters, in seinen *Perspektiven eines neuen Europäischen Sozialmodells* an. Es setzt gegenüber einem börsenfixierten Aktionärskapitalismus mit kurzfristigen Gewinnkalkulationen auf die Alternative einer sozial verträglichen und ökologisch nachhaltigen Beschäftigungs- und Wachstumspolitik. Sie bedarf jedoch eines Kurswechsels in der Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik. Erst eine sozial gerechtere Verteilung der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung mit lohn-, sozial- und steuerpolitischen Mindeststandards vermag weitere Abwärtsspiralen zu verhindern. In diese Richtung weisen vier Praxisberichte der IG Metall: zur tarifpolitischen Koordination (Rudolf Welzmüller), grenzüberschreitenden Betriebspolitik (Aline Hoffmann), Internationalisierung der Bildungsarbeit (Klaus Buchholz) und zum Personalaustausch (Rainer Göbel).

Die kurz gehaltenen Beiträge von Gewerkschaftsvertretern aus vier Nachbarstaaten machen ein wachsendes Bewusstsein von den Erfordernissen europäischer Zusammenarbeit offenbar, auch wenn jeweils spezifische Problemlagen im Vordergrund stehen: z. B. die Arbeitszeitpolitik deutscher Großkonzerne als *Herausforderung einer europabezogenen Gewerkschaftspolitik* (Jorn Larsen von der dänischen Metallgewerkschaft Co Industri), die *neuen Lernerfordernisse für die Gewerkschaften* in Tschechien (Josef Stredula von der Metallgewerkschaft OS KOVO) und die Organisation von *mehr Solidarität unter den Arbeitnehmern* in Polen

(Andrzej Adamczyk von Solidarnosc). Fausto Durante, Nationalsekretär der italienischen FIOM-CGIL, verteidigt die verfassungsrechtliche Würde und soziale Sicherheit der Arbeitnehmer im demokratischen Wohlfahrtsstaat als Quellen gesellschaftlicher und politischer Teilhabe wie auch qualitativer Innovations- und Leistungsfähigkeit.

Eckard Hein/Torsten Niechoj/Thorsten Schulten/Achim Truger (Hrsg): Europas Wirtschaft gestalten. Makroökonomische Koordinierung und die Rolle der Gewerkschaften. VSA-Verlag, Hamburg 2004 (258 S., 19.80 €).

Die Notwendigkeit einer *Gestaltungsalternative für Europas Wirtschaft* wird von den Herausgebern der wirtschaftspolitischen Tagung des WSI 2003 vor dem Hintergrund der ambitionierten Zielsetzungen der Europäischen Ratstagung in Lissabon im Jahre 2000 herausgestellt, die EU zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Dabei signalisieren aber gerade die deutschen Wirtschaftsdaten die zwiespältigen Wirkungen eines neoliberalen Politikmodells, das auf der restriktiven Zinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB), harten Sparkursen der öffentlichen Haushalte, privatisierten öffentlichen Gütern, reduzierten Sozialleistungen, flexibilisierten Arbeitsmärkten, verlängerten Arbeitszeiten und moderaten Lohnsteigerungen beruht.

Der restriktive Policy-Mix der politischen Klassen in Europa hat eine anhaltende Massenarbeitslosigkeit mit disziplinierenden Effekten, eine soziale Umverteilung von unten nach oben und eine vielfach geförderte finanzkapitalistischen Konzentration der Profite auf internationaler Stufenleiter zur Folge. Diese Reichtumsakkumulation einer

neoliberalen Marktvergesellschaftung erklärt, warum bereits die moderaten Vorschläge der hier versammelten, mehr oder weniger keynesianisch inspirierten Autoren nach einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik, sozialpolitischen Stabilisatoren und vermehrten öffentlichen Investitionen auf einen erbitterten Widerstand in Wirtschaft, Politik und Medien stoßen. Einen Beweis hierfür liefert die andauernde Negierung der Erfolge von relativem sozialem Ausgleich und öffentlichen Reichtum als Bedingungen hoher Innovations- und Wettbewerbsstärke in den skandinavischen Ländern.

Angesichts der ökonomischen Fehlentwicklungen und sozialen Missstände wird die von den Herausgebern geforderte politische Einmischung der Gewerkschaften mit alternativen Politikvorschlägen dringlicher denn je. So zeigen Eckard Hein und Achim Truger (WSI, Düsseldorf), dass eine koordinierte Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik bereits wachstums- und beschäftigungsförderliche Effekte hervorbringen kann. Den Erfolg solch eines *makroökonomischen Regimes* bestätigt eine ausführliche Analyse der USA in den 1990er Jahren durch das Autorenkollektiv Ulrich Fritsche (DIW, Berlin); Michael Heine (FHTW, Berlin), Hansjörg Herr (FHW Berlin), Gustav Horn (DIW, Berlin) und Cornelia Kaiser (FHW Berlin). Dagegen befürchtet Torsten Niechoj (WSI, Düsseldorf) einschränkend, dass in den sich andeutenden neu-keynesianischen Positionen der Europäischen Kommission die Gewerkschaften auf Lohnmoderation und flexibilisierte Arbeitsmärkte verpflichtet werden könnten.

Die Gefahren solch einer institutionellen Einbindung sieht Rudolf Wetz Müller (IG Metall Vorstand, Frankfurt) aber durch eine beschäftigungsförderliche Geldpolitik der EZB gebannt. Diese hat nach Ronald Janssen (EGB,

Brüssel) auf entsprechende Vorleistungen und Vorschläge der Gewerkschaften im *Makro-Ökonomischen Dialog* bisher jedoch nicht reagiert. Dennoch wird dieser in den Beiträgen von Andrew Watt (Europäisches Gewerkschaftsinstitut, Brüssel) und Willi Koll (Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Berlin) als ein realistischer Ansatzpunkt für die Gewerkschaften gesehen, sich zumindest im Rahmen des Europäischen Beschäftigungspaktes als ein strategischer Akteur für eine bessere Wirtschaftspolitik zu behaupten.

Die abschließenden Ausführungen von Torsten Schulten (WSI, Düsseldorf) und vor allem von Richard Hyman (London School of Economics) akzentuieren die Ambivalenzen einer institutionellen Einbindung der Gewerkschaften zur Bewahrung des europäischen Sozialmodells gegenüber einem angelsächsischen Neoliberalismus, der durch zentrale Projekte der europäischen Binnenmarktintegration und Politikmuster der EZB im Namen globaler Wettbewerbsfähigkeit durchgesetzt wird. Umso entschiedener betonen beide Autoren eine autonome lohn- und tarifpolitische Strategie- und Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften.

Fazit: Die vorgestellten Bücher ergeben einen vertieften Einblick in die Entwicklung der europäischen Gewerkschaftsbewegung, ihre Positionen und Perspektiven aus vorwiegend deutschem Blickwinkel. Dabei schält sich eine kritische Position der Autoren gegenüber dem liberalisierten europäischen Binnenmarkt heraus. In seinem gegenwärtigen Zuschnitt droht das einst angestrebte europäische Sozialmodell auf dem Altar eines *freien und unverfälschten Wettbewerbs* geopfert zu werden. Hiergegen haben im April 2005 Experten aus dem WSI mit KollegInnen des Schweizer Denketzes und des französischen Forschungsinstituts

IRES *Thesen für eine europäische Mindestlohnpolitik* präsentiert. Sie knüpfen an entsprechende Stellungnahmen der Europäischen Kommission und an Vorstellungen eines gerechten Arbeitsentgelts in der 1989 verabschiedeten EU-Sozialcharta an.

Eine realisierungsmächtige Perspektive sozialer Gerechtigkeit in Europa bedarf jedoch darüber hinaus eines ausstrahlungsfähigen Zukunftsprojekts, das gesellschaftliche Regulations- und Interventionsformen für europäische Wirtschaftsprozesse im Interesse einer sozial verträglichen und ökologisch

nachhaltigen Entwicklung auf die Tagesordnung stellt. Erst mit der politischen und institutionellen Zählung von Ross und Reiter eines ultrakapitalistischen Neoliberalismus bis hin zu den globalen Finanzmärkten entstehen reelle Chancen für den vom DGB geforderten *neuen Sozialkontrakt in Europa*. Dies wird aber nur im Kontext einer breiten sozialen Bewegung für eine erneuerte und global erweiterte moderne wie auch moralische Ökonomie gelingen, die Thorsten Schulten als sozial-kulturellen Ausgangspunkt der solidarischen Lohnpolitik herausgearbeitet hat.

Hans-Jürgen Bieling/Marika Lerch (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005 (472 S., 29.90 €)

Der Charakter und die Entwicklungsdynamik der „Baustelle Europa“ sind nicht leicht auf den Begriff zu bringen. Sehr unterschiedliche und bisweilen konträre Einschätzungen sind eher die

Regel als die Ausnahme. Dieser Umstand ist sicherlich dem widersprüchlichen europäischen Integrationsprozess selbst geschuldet, beruht aber auch auf unterschiedlichen theoretischen Interpretationsrastern, mit Hilfe derer sich Politiker/innen und Integrationsforscher/innen ein Bild von ihrem Gegenstand zu machen versuchen. Nach nunmehr knapp 50 Jahren intensiver Debatte und Auseinandersetzung und



Franz Jaeger, Beat Bechtold
Mitarbeit: *Thomas Höppli*

**Eine freizügige Schweiz –
Chimäre oder Chance?**

Zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die erweiterte EU

Versuch einer Diagnose der volkswirtschaftlichen Auswirkungen auf Migration, Schwarzarbeit und Auslandsinvestitionen in der Schweiz

~160 Seiten/br. (Juli 2005) ISBN 3-7253-0815-2
CHF 36.– / EUR 23.– (D)

Franz Jaeger
Beat Bechtold
Thomas Höppli (Mitarbeit) Verlag Rüegger

insbesondere seit den 1990er Jahren ist das Theorieangebot so stark angewachsen, dass die kaum mehr zu überschauende Vielfalt einen Einstieg in die Thematik erschwert. Nicht zuletzt der Mangel an einem deutschsprachigen Überblicksband, der sowohl umfassend, systematisch als auch hinreichend differenziert in die *Theorien der europäischen Integration* einführt, verschärfte das Problem zusätzlich. Diese Lücke wurde jetzt durch den von Marika Lerch und Hans-Jürgen Bieling herausgegebenen Band überzeugend geschlossen. Die größte Stärke liegt in einer gebührenden Berücksichtigung des – ansonsten allzu leicht „vergessen“ – kritischen Theorieangebots. Dem ambitionierten Projekt gelingt es, die Theorielandschaft breit und kompetent sowie als (umkämpfte) „Baustelle“ zu präsentieren.

Die didaktische Konzeption des Sammelbandes greift grundsätzlich auf bereits in ähnlichen Kontexten bewährte Folien zurück. So werden die insgesamt 15 Theorieansätze – eingerahmt von einem schlüssigen Systematisierungsvorschlag der Herausgeber/innen sowie einer zeitdiagnostischen Einschätzung der Theoriebildung von Wolfgang Wessels – anhand von Referenztheoretiker/innen vorgestellt. Durch die Berücksichtigung weiterer Autor/innen und Variationen in den einzelnen Beiträgen gelingt es zumeist, die referierten Ansätze als repräsentative Beispiele plausibel zu machen, ohne die innere Vielfalt der einzelnen Theorieströmungen zu verschütten. Alle Texte bemühen sich, die Kontextbedingungen der jeweiligen Theorieentwicklung herauszuarbeiten, um die Referenztheoretiker/innen anschließend historisch, gesellschaftspolitisch und wissenschaftlich zu verorten.

Der Sammelband gliedert sich entlang der realhistorischen Theorieentwicklung in drei Teile. Der erste Ab-

schnitt behandelt klassische Ansätze, die den Föderalismus (Martin Große Hüttmann/Thomas Fischer), Neo-Funktionalismus (Dieter Wolf), Intergouvernementalismus (Hans-Jürgen Bieling) sowie die marxistische Politische Ökonomie (Martin Beckmann) erfassen.

Im zweiten Teil steht die Ausdifferenzierung des theoretischen Feldes im Vordergrund und im dritten schließlich wird, durch das Augenmerk auf neuere Impulse, die Zusammenschau der prägnanten Frontstellungen innerhalb der Debatte abgerundet. Auf der einen Seite verweist die Berücksichtigung von Fortentwicklungen der klassischen Perspektiven in Form des Supranationalismus (Andreas Nölke), des liberalen Intergouvernementalismus (Jochen Steinhilber) und des Neo-Gramscianismus (Dorothee Bohle) auf historisch kontinuierlich andauernde Konflikte in der Theoriedebatte, wie sie in dem hartnäckigen, wenn auch Konjunkturen unterworfenen Streit um die Bedeutung von intergouvernementalen Vis-à-vis supranationalen Entscheidungsprozessen bzw. der Auseinandersetzung um Grenzen und Triebkräfte der europäischen Integration deutlich wird.

Auf der anderen Seite zeigen Ansätze wie Multi-Level Governance (Michèle Knodt/Martin Große Hüttmann), der akteurszentrierte Institutionalismus (Wolfgang Wagner), der historische Institutionalismus (Melanie Morisse-Schilbach) oder die „Europäisierung nationaler Politik“ (Karin Auel) die Konturen des allgemeineren Perspektivenwechsels weg von der Frage nach den Triebkräften hin zu einer stärkeren Spezialisierung auf die institutionelle Form und die politischen Prozesse in der EG/EU.

Der dritte Teil unterstreicht dagegen, analog zur „Dritten Debatte“ in den internationalen Beziehungen, die verhältnismäßig neue Gegenüberstellung

von rationalistischen und konstruktivistischen Ansätzen, die sich quer zur alten Lagerbildung etabliert hat. Aus der beachtlichen Bandbreite von konstruktivistischen, feministischen und interdisziplinären Impulsen wurden der Sozialkonstruktivismus (Guido Schwellnus), feministische Perspektiven (Gabriele Abels), soziologische Perspektiven (Hans-Jörg, Trenz) und die „Integration durch Recht“ (Ulrich Haltern) berücksichtigt.

Durch das gelungene konzeptionelle Design empfiehlt sich die Publikation mit Blick auf die Lehre, insbesondere vor dem Hintergrund einer zunehmenden Strukturierung und Verdichtung der Lehrinhalte, indem sie der Herausforderung durch zunehmende Komplexität und Unübersichtlichkeit des Gegenstandes einen soliden Grundstock an Orientierungswissen entgegensetzt. Gleichzeitig gerät durch die Berücksichtigung von kritischen Perspektiven die Zeichnung der integrationstheoretischen Landkarte nicht allzu eng und ermuntert zu einer weitergehenden kritischen Auseinandersetzung, die durch eine Fülle von Hinweisen erleichtert wird.

Dass der abschließende Beitrag von Wolfgang Wessels: „Theoretischer Pluralismus und Integrationsdynamik. Herausforderungen für den „*acquis académique*“ gegenüber dem vorher aufgespannten Facettenreichtum ein wenig zu schlicht gerät, bleibt kritisch anzumerken. Wenn, wie eine bedeutende englischsprachige Darstellung der Theorien der europäischen Integration nahelegt, die Vielfalt sowie Ausdifferenzierung der Theorien und Kontroversen als Ausdruck eines „guten Gesundheitszustandes“ verstanden wird (Ben Rosamond: *Theories of European Integration*), dann sind die recht einseitige Zeitdiagnose und Zukunftsaussicht Wessels ein Indiz für ein durchaus hartnäckiges Auf-

merksamkeitsdefizitsyndrom der vorherrschenden Integrationsforschung. Abweichend vom eigenen Anspruch, kritische Einsprüche als Korrektiv für unhinterfragte Selbstverständlichkeiten zu nutzen (S. 440), reduziert der Autor den theoretischen Mehrwert kritischer Integrationsforschung auf die politisch-normative Dimension.

Eine gewissenhaftere Betrachtung der kritischen Interventionen hätte einige hilfreiche Hinweise und Inspirationen vermittelt. In bezug auf versuchte Brückenschläge in der gegenwärtig recht starren „doppelten Frontstellung“ von rationalistischen gegenüber konstruktivistischen Theorien einerseits sowie Supranationalismus contra Inter-gouvernementalismus andererseits wäre der neogramscianische Analysefokus hegemonialer Strukturen und Projekte durchaus als anregendes Konzept ernstzunehmen (vgl. Neogramscianismus, S. 197ff.).

Ein anderer übersehener Hinweis betrifft die tendenzielle Machtblindheit und mangelnde Kontextsensibilität der von Wessels favorisierten „Governance“-konzeptionen. Feministische Perspektiven (S. 347ff., S. 369), aber auch die marxistische Politische Ökonomie (S. 117ff.) können hier durchaus hilfreiche Sichtweisen vermitteln. Vor dem Hintergrund des zentralen Erkenntnisinteresses des Autors, der Entwicklung einer theoretisch gehaltvollen (historisch-)dynamischen Perspektive, kann daher die Ignorierung der – gerade für eine Zeitdiagnose hilfreichen historisch-kritischen bzw. epistemologisch gehaltvollen Einwände – nur erstaunen. Zwar kann schließlich dem Grundtenor, nunmehr stärker als bis dato unterschiedliche Methoden und Zugänge gegenseitig zu erschließen, zugestimmt werden (S. 447). Doch muss recht nüchtern konstatiert werden, dass zwischen dem Ziel einer offenen Diskussion und

der aktuellen Praxis relativer theoretischer Borniertheit noch ein beachtlicher Graben zu überwinden ist.

Das Buch als ganzes kann hier viel leisten. Insbesondere die prägnant herausgearbeitete Lebendigkeit und theoretische Innovationskraft der kritischen polit-ökonomischen Theorien zeigt im Gegensatz zu üblicheren Darstellungen (vgl. z.B. Antje Wiener/Thomas Dietz: *European Integration Theory*), dass marxistisch inspiriertes Denken in der Debatte mit den vorherrschenden Ansätzen wertvolle Einsichten bereithält. So verrückt sie etwa in der Form kritischer internationaler Politischer Ökonomie den auf die Form und institutionelle Ausgestaltung der Integration gerichteten Fokus, indem sie nach dem sozioökonomischen Gehalt und den tragenden gesellschaftlichen Kräften fragt. Darüber hinaus ermöglicht sie, verschiedene Prozesse und Projekte

Julia Lepperhoff, Ayla Satilmis, Alexandra Scheele (Hrsg.): Made in Europe. Geschlechterpolitische Beiträge zur Qualität von Arbeit. Münster, 2005, Westfälisches Dampfboot (284 S., € 29.80)

Die Erwerbsquote von Frauen ist in den meisten europäischen Ländern noch immer signifikant tiefer als diejenige der Männer. Frauen verdienen weniger als Männer, sind häufiger in Niedriglohnbereichen tätig und haben häufiger unregelmäßige und ungesicherte Arbeitsverhältnisse. Welche Forderungen stellen sich aus geschlechterpolitischer Sicht an die Qualität von Arbeit? Was muss sich ändern, damit die Bemühungen zur Gleichstellung am Arbeitsmarkt endlich greifen? Was bedeutet der Begriff Qualität von Arbeit? Geht es um Löhne,

über die Frage nach der Rekonfiguration der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse im weiteren Prozess der Globalisierung zusammenzudenken: Die Fusion der in den vorherrschenden Ansätzen getrennt behandelten Integrations- und Erweiterungsforschung ist dafür ein gutes Beispiel.

Schließlich, und hier liegt die europapolitisch-normative Relevanz, steht die Frage nach gesellschaftlichen Alternativen, die über die „Befangenheit“ der gängigen „Problemlösungstheorien“ hinweggreift. Kurz, Marika Lerch und Hans-Jürgen Bieling haben eine hilfreiche Orientierung in einem unübersichtlichen Feld vorgelegt, die reichhaltige Anregungen für eine informierte, kritische und eigenständige Auseinandersetzung mit Theorien der europäischen Integration liefert.

Stephan Heidbrink

Sozialversicherungen, um Legalität, um Rechte im Betrieb oder um die Zufriedenheit mit der eigenen Arbeit?

Diesen Fragen widmen die Herausgeberinnen Julia Lepperhoff, Ayla Satilmis und Alexandra Scheele einen Sammelband, der eine Fortsetzung der 2. Marburger Arbeitsgespräche vom Februar 2004 bildet. Die Tagung und das Publizieren gehören zu den Aktivitäten von „GendA“, dem Netzwerk feministische Arbeitsforschung (www.gendanetz.de).

Das Buch stellt einen sehr hohen Anspruch an die Leserschaft. Die im Untertitel „geschlechterpolitische Beiträge zur Qualität von Arbeit“ genannten und die vielen mitgemeinten Themenbereiche zwischen zwei Buchdeckel zu pressen, ist ein grosses Vorhaben. Den Herausgeberinnen gelingt es durch die

Sammlung von Artikeln von Expertinnen jeweiliger Themenfelder gut, eine Übersicht über den Wissensstand in der geschlechter- und arbeitsmarktpolitischen Forschungslandschaft zu schaffen. Die Übersicht bleibt – gerade für politisch aktive Leserinnen und Leser – allerdings unvollständig, weil dem Buch eine eigentliche Konklusion in bezug auf die Hauptfragestellungen fehlt. Umso mehr regen die Einzelbeiträge zu eigenen Einschätzungen an.

Im ersten Teil des Sammelbandes beschreiben verschiedene Autorinnen Konzepte und Methoden zur Analyse von Arbeit und spiegeln diese an politischen Vorgaben wie etwa den beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU oder dem Ansatz von „decent work“ der ILO (Sylvia Walby, Alexandra Scheele). Mitherausgeberin Alexandra Scheele weist in ihrem Beitrag darauf hin, dass (gleichstellungs-)politische Forderungen über die Definition von Qualitätskriterien für regulierbare Vollzeitstellen hinausgehen müssen und kritisiert, dass sich politische Konzepte und Massnahmen noch immer am sogenannten Normalarbeitsverhältnis ausrichten, was hauptsächlich männliche Erwerbstätige ins Blickfeld rückt.

In bezug auf die eigentlichen Qualitätskriterien stehen verschiedene Ansätze zur Bestimmung der Qualität von Arbeit nebeneinander, die meisten gewichten quantitativ messbare Kriterien wie den Lohn, die Arbeitszeitregelung, die Sozialversicherungen, Ferien und Weiterbildungsmöglichkeiten als vorrangig. Meines Erachtens zu kurz kommt die eigentliche Arbeitszufriedenheit, ein Kriterium, das sich nicht quantifizieren lässt, auf Branchen- oder Unternehmensebene aber trotzdem als zentral gewichtet werden müsste. Insgesamt zeigt der theoretische Teil des Buches auf, wie komplex das umrissene Themengebiet ist und wie gleichzeitig

auf wenig konkrete Handlungsmöglichkeiten innerhalb der bestehenden Arbeitswelt sich Veränderungen beziehen können.

Diese Lücke wird im zweiten Teil unter dem Titel „Qualitätskriterien genders“ mit einigen stärker branchenbezogenen Beiträgen für die Anwendung geschlechterpolitisch inspirierter Qualitätskriterien geschlossen. Es geht nun um die konkretere Benennung dessen, was ein qualitativ gutes Arbeitsverhältnis aus geschlechterpolitischer Sicht ausmacht. Grundlegend ist in Anbetracht der Massenarbeitslosigkeit einmal das Vorhandensein einer Arbeitsstelle und damit eines Einkommens. Darauf aufbauend werden die Höhe des Lohnes, die Regelung der Arbeitszeit, Legalität und soziale Sicherung sowie Rechte auf Mitbestimmung und Weiterbildung genannt. In sogenannten typischen Frauenberufen muss im politischen Alltag noch viel mehr über die grundlegendsten Kriterien der Regelung und Entlohnung – gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit – diskutiert werden (Jochmann-Döll).

Weitere Beiträge verdeutlichen, dass Teilzeitarbeit keineswegs als Gleichstellungsgewinn für Frauen angesehen werden darf (Bergmann/Sorger, Kreimer/Hartl). In den Niedriglohnbereichen des Dienstleistungssektors ist die Teilzeitarbeit in bezug auf diverse Qualitätskriterien sehr nachteilig für die oft weiblichen Arbeitskräfte (flexible Arbeitspensen und Löhne, Arbeit auf Abruf, etc.). Bergmann/Sorger rufen Gewerkschaften, Frauenorganisationen und soziale Bewegungen denn auch zu Recht dazu auf, vermehrt und gemeinsam aktiv zu werden. Es bleibt allerdings offen, wodurch die „weiblichen“ Dienstleistungsberufe Aufwertungen erfahren könnten, die sich wirklich auf die Qualität der Arbeitsverhältnisse und auf die Löhne auswirken.

Im letzten Teil des Buches „Qualität vor Arbeit – unter Druck?“ werden die Themen Migration und Migrationspolitik sowie die EU-Arbeitsmarktpolitik in weiteren sieben Beiträgen ausführlich behandelt. Migration ist deshalb sehr wichtig, weil ein ausschliesslich geschlechterbezogener Blick zu kurz greifen, die spezifischen und oftmals gravierende(re)n Nachteile und Diskriminierungen aufgrund der Staatszugehörigkeit oder des Aufenthaltsstatus vernachlässigen würde. Vor allem mit den Beiträgen der einmal mehr sehr prägnant argumentierenden Saskia Sassen und der Mitherausgeberin Julia Lepperhoff werden die Eckpunkte der Diskussion um Migration und insbesondere weibliche Arbeitsmigrantinnen fokussiert.

Ulrich Brand: Gegen-Hegemonie – Perspektiven globalisierungskritischer Strategien. VSA Verlag, Hamburg, 2005 (220 Seiten, 13.80 €)

Fünf Jahre nach Seattle gibt es in der globalisierungskritischen Bewegung eine intensive Diskussion über ihre strategischen Perspektiven. Da kommt ein Buch über „Gegen-Hegemonie“ wie das von Ulrich Brand genau richtig. Es versammelt 16 Aufsätze, die meisten davon schon an anderer Stelle veröffentlicht. In zwei Beiträgen zeichnen Ko-Autoren mitverantwortlich, Joachim Hirsch in einem Beitrag über den Zapatismus und Christian Görg in einer Kritik des Nachhaltigkeitsdiskurses. Außerdem wird ein Interview mit John Holloway und Ana Esther Ceceña (beide den Zapatisten nahestehend) zum Aufstand in Chiapas abgedruckt.

Der Schlussartikel des Sammelbandes, verfasst von Mitherausgeberin Ayla Satilmis, würdigt die sozialpolitische Agenda der EU, welche die Qualität von Arbeit im Unterschied zu vielen Mitgliedsstaaten als wichtiges Thema weit oben auf ihrer Agenda führt. Damit wird nun auch der Titel der Artikelsammlung „Made in Europe“ klarer und drückt neben der Sicht auf die „Produktionsbedingungen“ am heimischen Markt wohl auch die Hoffnung der Herausgeberinnen aus, dass von der EU in bezug auf die Festsetzung qualitativer Richtlinien für Arbeitsverhältnisse mehr zu erwarten sein könnte als von ihren Mitgliedern auf jeweils nationalstaatlicher Ebene. Ob sich diese Hoffnung bewahrheitet und ob der Blick für Geschlechterfragen sich schärft, bleibt vorerst offen.

Pia Tschannen

Die Themenpalette umfasst Artikel mit eher theoretischem Charakter, wie eine regulationstheoretische Sicht auf Globalisierung und ein Überblick über Poulantzas' Staatstheorie, aber auch sektorspezifische Themen wie Biopolitik im High-Tech-Kapitalismus, die Rolle von NGOs, Probleme und Aufgaben der globalisierungskritischen Bewegung sowie den abschließenden Block unter dem Titel „Alternativen.“ Er enthält die kritische Auseinandersetzung mit dem Global-Governance-Diskurs, der Diskussion um öffentliche Güter und mit Walden Bellos Konzept der Deglobalisierung. Das Buch endet mit dem Kapitel „Nach dem Neoliberalismus – Perspektiven radikaler Veränderungen“.

Die Gemeinsamkeit der auf den ersten Blick etwas disparat erscheinenden Themen erschließt sich im Lich-

te von Brands Grundkonzept. Seine herrschafts- und kapitalismuskritische Analyse wird durch drei Bezugspunkte bestimmt:

Erstens ein (neo)gramscianischer hegemonietheoretischer Ansatz, wie er bereits im programmatischen Titel sichtbar wird; zweitens ein an Poulantzas orientiertes Konzept von Staat, angereichert mit Elementen aus Althusser's Theorie der ideologischen Staatsapparate; drittens die (nicht nur) zapatistische Konzeption von gesellschaftlicher Transformation als offenem und permanentem Prozess der Veränderung der Verhältnisse und der Selbstveränderung der politischen Subjekte.

Eine „erlösende“ Revolution als endgültiger Bruch mit alten Verhältnissen findet in diesem Konzept keinen Platz. Ein Schlüsselsatz von Brand heißt: „Es gibt keinen klaren Weg“. Dementsprechend wendet sich der Autor mehrfach gegen „Masterpläne“, wonach mit der auf einen Schlag Emanzipation verwirklicht wird. „Preguntando caminamos“ – fragend gehen wir voran, ist stattdessen das erkenntnisleitende Paradigma und die politische Devise.

Dieses Paradigma reibt sich an der auch in der globalisierungskritischen Bewegung vorhandenen Sehnsucht nach Rezepten, Stringenz, Gewissheit und Führung. Es stellt höhere intellektuelle und moralische Ansprüche an das Individuum. Gefragt ist nicht mehr der disziplinierte und der einer „dritten Sache“ ergebene Parteisoldat, sondern ein hohes Maß an Reflektiertheit und Autonomie. Zugleich werden Partizipation, Mitentscheidung, Demokratie in den eigenen Reihen zu einem unverzichtbaren Element emanzipatorischer Politik.

Den hohen Anspruch an das Individuum verbindet Brand expressis verbis mit einem Begriff, dem er konzeptuelle Bedeutung zumisst: „rebellische Subjektivität“. Zwar zündet dieser Begriff

auf Antrieb, aber nicht nur, er trifft tatsächlich ein zentrales aktuelles Defizit: Während es jede Menge Programme und Vorschläge aller Art für Alternativen gibt, bleibt weitgehend ungeklärt, warum sich Mobilisierung und Politisierung der Massen in Grenzen halten. Genau hier liegt gegenwärtig die entscheidende Crux emanzipatorischer Politik: Es fehlt der Zugang zu jenem Konglomerat aus Konformismus, Angst, Abwehr, Egozentrik, Uninformiertheit und Apathie, das das Verhalten so vieler Menschen beherrscht. Solange dies nicht aufgebrochen wird, bleiben die brilliantesten Analysen und plausibelsten Alternativen wirkungslos.

Allerdings ist zweifelhaft, ob mit dem Begriff der „rebellischen Subjektivität“ dieses Problem adäquat erfasst werden kann. Vielmehr müsste Rebellion anschlussfähig an Alltagsproblemen werden. Annäherungen dazu finden sich bei Brand selbst, etwa dort, wo er die Identifikation (gegen)hegemoniefähiger Themen anspricht. Solche „Einstiegsprojekte“, wie er das nennt, müssen wichtige Fragen aufgreifen, realistische Durchsetzungschancen besitzen, weiterreichende Veränderung ermöglichen und – mobilisierungsfähig sein. Bei letzterem liegt der Hase im Pfeffer.

Das Konzept der „Einstiegsprojekte“ ist insofern attraktiv, als sich damit die Vermittlung von tages- und realpolitischen Schritten und langfristigen Perspektiven bewerkstelligen ließe, ein Dauerbrenner in sozialen Bewegungen. Doch bleibt vieles zu vertiefen und systematischer zu bearbeiten. Dazu gehört auch das Thema der Binnenstrukturen einer Bewegung, des Verhältnisses der einzelnen Akteure untereinander, von Konkurrenz und Kooperation, oder die Frage, wie bewegungsintern (Gegen-) Hegemoniefähigkeit auf möglichst demokratische Weise hervorgebracht werden kann.

Einer Präzisierung bedarf auch die Diskussion um Organisationskonzepte, etwa der Netzwerke im Vergleich zu den klassischen Repräsentativstrukturen und der dazugehörigen Entscheidungsverfahren, insbesondere das unter Bedingungen politischer, ideologischer und kultureller Diversität so zentrale Konsensprinzip.

Dem Buch ist eine breite Rezeption zu wünschen. Wenn die Bewegung mit dem Anspruch auf Partizipation ernstmacht, dann muss auch die Strategiediskussion aus den Zirkeln heraus in die linke Öffentlichkeit. Klar wird: Strategisches Bewusstsein überhaupt und die permanente Reflexion der eigenen Strategie müssen Thema breiter Debatten werden. Ein strategischer Kompass im Kopf, der permanent sucht und fragt, schafft in der Tat Selbstbewusstsein und gibt langen Atem. Der vorliegende Band ist ein wichtiger Beitrag zur Aneignung der Strategiedebatte in den Bewegungen und öffnet Wege über sie hinaus.

Peter Wahl

**pflege. aids.
privatisierung.
migration.**

und viele weitere Themen...

soziale medizin

Informativ. Kritisch. Kompetent.
Die Zeitschrift im Gesundheits-
und Sozialwesen. Seit 1973.
4 x pro Jahr. 68 Seiten.

Gratis Probeheft bestellen;
oder für Fr. 30.- zur Probe abonnieren!
abos@sozialemedizin.ch
061 691 13 32 (auch Fax)

Soziale Medizin, Postfach, 4007 Basel
www.sozialemedizin.ch

die zeitung für
klassenkampf
frauenkampf
kommunismus

aufbau



theorie & praxis

5x im jahr



Jahresabonnement CHF 25.-
www.aufbau.org: "abo bestellen"
oder post an: aufbau, "abo"
postfach 8663, CH-8036 Zürich